

zung erhalten. Solche Tricks überforderten sicherlich die Phantasie der damals tätigen Juristen. Laut Atomgesetz ist der Vorgang rechtlich einwandfrei; die Genehmigung der zuständigen rheinland-pfälzischen Aufsichtsbehörde war nicht zu verhindern.

Aber wen kann die Aufsichtsbehörde haftbar machen, falls es in dem 1300-Megawatt-Reaktor von Mülheim-Kärlich zur Kernschmelze kommen sollte? Unter der Luxemburger Telefonnummer der Eigentümerin meldet sich eine andere Firma (siehe SPIEGEL 51/1986).

Sollte es, allen Sicherheitsbeschwürungen zum Trotz, etwa in Grohnde, Gundremmingen, Krümmel, Lingen oder Stade zu Atomunfällen mit radioaktiver Verseuchung der Umwelt kommen, dann landen die Milliardenrechnungen für Reparatur- und Evakuierungsarbeiten letztendlich beim Finanzminister. Die jeweiligen Betreibergesellschaften können sich hinter ihrem Firmenzusatz „mit beschränkter Haftung“ verstecken.

Von der folgenreichen Lücke im Atomgesetz erfuhr die Öffentlichkeit erst durch den Streit um den THTR. Sie war in Heinz Riesenhubers Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) indes schon länger bekannt.

In einem Protokoll der Treuarbeit vom 18. November 1988 heißt es: „Das geltende Atomrecht sieht nach Auskunft des BMFT für den Fall der Insolvenz einer Betreibergesellschaft kerntechnischer Anlagen keine rechtliche Verpflichtung der Muttergesellschaften vor, ungedeckte Verpflichtungen zu übernehmen.“

Doch wieder einmal fühlten sich Riesenhubers Beamte der Atomlobby näher als den Steuerzahlern. Statt den Gesetzgeber auf die bedrohlichen Mängel des Atomgesetzes aufmerksam zu machen und schnellstens Reformen vorzubereiten, drängten die Forschungsförderer auf baldiges Wiederanfahren des THTR und bekräftigten ihre Unterstützung für den Schnellen Brüter.

Der Forschungsminister ist es auch, der die Reaktoren, die von der Industrie aufgegeben werden, gern noch weiterbetreiben möchte. Riesenhuber, so heißt es in Düsseldorf, sei wieder einmal „der letzte, der auf dem falschen Bein hurra schreit“.

Es ist denkbar, daß Riesenhuber mit seinen Durchhalteparolen den sich abzeichnenden Konsens zwischen dem THTR-Betreiber und dem Land Nordrhein-Westfalen über die sofortige Stilllegung gefährdet. Dann könnte es, erstmalig in der Geschichte der deutschen Stromwirtschaft, bald schon zum Konkurs einer Kraftwerksfirma kommen.

Auf den Konkursverwalter käme eine ungewöhnliche Aufgabe zu. Als erste Amtshandlung müßte er einen Antrag zur Genehmigung der Stilllegung einer schon bankrotten Firma unterschreiben.

## GEWERKSCHAFTEN

### Rauhe Bräuche

**Die Einzelgewerkschaften des DGB versuchen, sich gegenseitig die Mitglieder abzuwerben.**

Der Münchner Agfa-Betriebsratsvorsitzende Klaus Schneider ist seit 30 Jahren Mitglied der IG Metall. All die Kämpfe um das freie Wochenende, um mehr Urlaub und mehr Lohn – das verbindet. „Nach so langer Zeit“, sagt der Betriebsratschef, „hängt man einfach an seinem Verein.“

So kann Schneider sich nur schwer an den Gedanken gewöhnen, daß nun alles



**Agfa-Betriebsratschef Schneider**  
„Man hängt einfach an seinem Verein“

anders wird: Er soll seinen IG-Metall-Ausweis abgeben und in die IG Chemie eintreten. „Dabei kenne ich dort fast niemanden“, sagt der Metalller.

Wie dem Feinmechaniker Schneider ergeht es vielen seiner 4200 Kollegen in den sechs bayrischen Agfa-Werken. Dort werden vor allem Laborgeräte und Magnetbänder für die Rundfunk- und Filmindustrie hergestellt, und natürlich hat das alles auch mit Chemie zu tun. Weil die Geschäftsleitung lieber mit IG-Chemie-Chef Hermann Rappe statt mit dem unbequemen IG-Metall-Boß Franz Steinkühler verhandeln möchte, will das Unternehmen am Jahresende vom Metall- in den Chemiearbeitgeberverband wechseln.

Damit sich dann auch die passenden Tarifpartner gegenüberstehen, sollen die rund 1200 in der IG Metall organisierten Arbeitnehmer zur IG Chemie übertreten. Mit Gewerkschaftschef Hermann

Rappe, der im Aufsichtsrat der Agfa-Mutter Bayer sitzt, ist sich die Unternehmensleitung schon einig.

Doch die IG Metall will auf die gutverdienenenden Agfa-Mitarbeiter nicht verzichten. „Wir lassen nicht zu“, sagt der Münchner IG-Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer, „daß die IG Chemie in unserem Revier wildert.“

Der Ärger des IG-Metall-Funktionärs ist verständlich: Wie bei Agfa streiten die Gewerkschaften inzwischen auch bei anderen Firmen immer häufiger um Mitglieder und deren Beiträge. Schon seit Monaten liefern sich die beiden mächtigsten Industriegewerkschaften einen erbitterten Machtkampf. Vor allem die IG Chemie versucht, der großen Schwester Mitglieder abzugeben.

So möchte Rappe gern die Beschäftigten der Hoechst-Tochter Sigri, deren Werk in der Nähe von Augsburg steht, in der IG Chemie sehen. Für das Unternehmen ist bislang die IG Metall zuständig.

Erst auf ihrem Gewerkschaftstag im September vergangenen Jahres hatte die IG Chemie vorsorglich ihre Satzung geändert. Seither beansprucht die drittgrößte DGB-Gewerkschaft die Angestellten der zukunftsträchtigen Computerbranche für sich, die bislang ebenfalls von der IG Metall betreut wurden. „Die High-Tech-Angestellten“, sagt ein hoher IG-Chemie-Funktionär, „sind bei uns doch viel besser aufgehoben.“

Andererseits schöpft die IG Metall gern aus dem Mitgliederreservoir der IG Chemie. Als kürzlich die Nuklearfirmen Alkem und Reaktor-Brennelement Union von Siemens übernommen wurden, reklamierte die IG Metall die dort beschäftigten rund 400 IG-Chemie-Mitglieder für sich. Der Siemens-Vorstand,



**IG-Chemie-Chef Rappe**  
Erfolgreich bei der Abwerbung

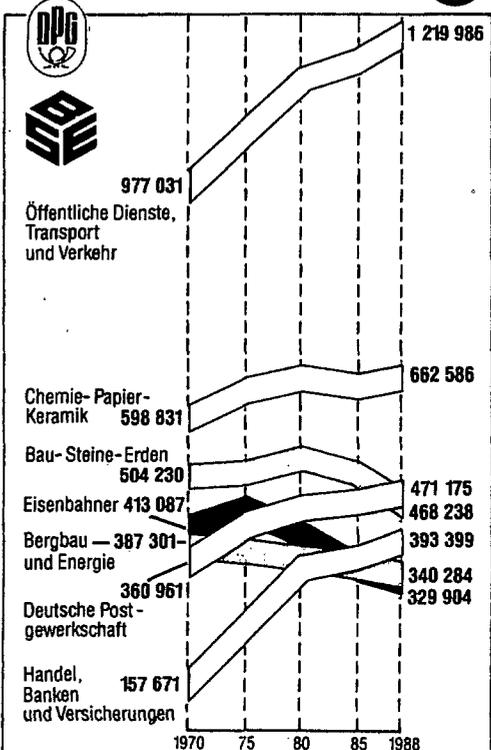
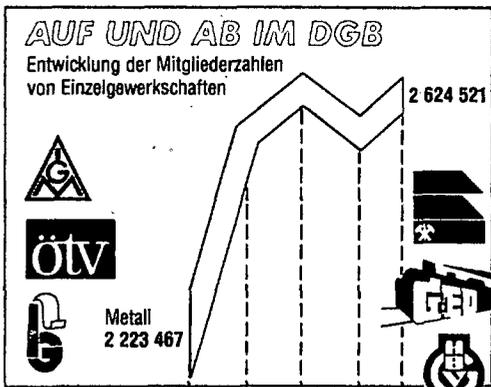
so die Begründung, dulde in seinem Konzern nur eine Gewerkschaft, die IG Metall.

In einem Spitzengespräch am Mittwoch dieser Woche wollen die zerstrittenen Gewerkschaften versuchen, sich gütlich zu einigen. Der Konflikt wird jedoch so schnell nicht beizulegen sein. Innerhalb des DGB sind die Bräuche rauer geworden.

Weil die Zahl der Rentner unter den Mitgliedern steigt und – vor allem unter den Angestellten – junge, gutverdienende Beitragszahler ausbleiben, kommen immer mehr Gewerkschaften finanziell in Schwierigkeiten. Sie versuchen deshalb, auf Kosten anderer Gewerkschaften ihren Mitgliederstand zu verjüngen – sehr zum Mißvergnügen der Kollegen.

So weigert sich die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) beharrlich, auf rund 18 000 Mitglieder zu verzichten, die bei den Einzelhandelsriesen co op und Asko beschäftigt sind und in der Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherungen) organisiert werden könnten. „Auf so viele Mitglieder“, sagt NGG-Chef Erich Herrmann mit entwaffnender Offenheit, „können wir einfach nicht von heute auf morgen verzichten.“

Lieber heute als morgen würde Heinz-Werner Meyer, Chef der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, die Beschäftigten der bundesdeutschen Kernkraftwerke und Energieversorger übernehmen. Die IG Bergbau hat in 18 Jahren durch ständigen Beleg-



DGB-Boß will es sich mit keinem der Gewerkschaftsfürsten verderben. „Wenn einer von denen behauptet, zwei mal zwei ist fünf“, lästert ein hoher IG-Metall-Funktionär, „nickt der Breit doch dazu.“

Dabei hätte der DGB schon längst überprüfen müssen, ob die Arbeitsgebiete der 16 Einzelgewerkschaften, die vor 40 Jahren festgelegt wurden, nicht neu verteilt werden sollten. Vor allem die ÖTV, die in ihrer Organisation die unterschiedlichsten Berufe vom Müllwerker bis zum Universitätsprofessor vereinigt, steht mit ihrem „Gemischtwarenladen“ (ÖTV-Jargon) recht eigenartig da.

Vom amtierenden DGB-Chef ist die überfällige Strukturreform des DGB nicht mehr zu erwarten. Breit scheidet im nächsten Frühjahr aus dem DGB-Vorstand aus.

Doch auch sein Nachfolger wird mehr als guten Willen mitbringen müssen. „Einer allein schafft das ohnehin nicht“, sagt HBV-Chef Schwegler. „Da muß eine komplett neue Mannschaft ran.“

## AKTIEN

### Sanfter Weg

Medizin als Geldanlage – erstmals geht ein deutsches Krankenhaus an die Börse.

Auf den ersten Blick scheint die Rhön-Klinik in Bad Neustadt ein Krankenhaus zu sein wie viele andere auch – der OP-Saal so vollgestopft wie inzwischen üblich, die Beton-Architektur so häßlich wie überall.

Der kleine Unterschied ist erst beim näheren Hinsehen zu erkennen. Zum Beispiel an den Preisschildern, die an den Medikamenten kleben: Sie sollen beim Personal das Kostendenken schärfen. Für solches Bewußtsein bei Ärzten und Schwestern sorgt die Klinikleitung auch dadurch, daß sie das Personal am Gewinn des Krankenhauses beteiligt.

Die Methode funktioniert, rein ökonomisch betrachtet: Die privat betriebene Klinik macht Gewinn. Das erfolgreiche Unternehmen wagt jetzt, mal was ganz Neues im deutschen Krankenhauswesen, sogar den Gang an die Börse. Die Aktiengabe für die Rhön-Klinik soll der erste Schritt zum Aufbau eines großen, börsennotierten Klinikkonzerns sein.

In den USA enthalten die Kurszettel bereits sieben große Gesellschaften des Gesundheitsgewerbes. Die Firmen besitzen oder verwalten 1400 Krankenhäuser und Heime. Gesundheit ist in der Hochburg des Kapitalismus ein gigantisches Geschäft, an dem sich große Investment-Gruppen mit viel Geld beteiligen.

Die Entwicklung in den USA hat die ethischen Bedenken längst überrollt,



IG-Metall-Chef Steinkühler Verärgert über die Kollegen

schaftsabbau in den Zechen 47 000 Mitglieder verloren, und im Bergbau ist kaum Nachwuchs vorhanden (siehe Graphik). Doch für die Kraftwerksbeschäftigten ist bislang noch überwiegend die ÖTV zuständig.

Schuld an dem wachsenden „Kannibalismus“ (HBV-Chef Lorenz Schwegler) innerhalb des DGB sind nicht nur finanzielle Schwierigkeiten oder der Ehrgeiz einiger Gewerkschaftsbosse. Viele Unternehmen ändern ihre Produktionsverfahren oder die Produktpalette, kaufen Firmen hinzu oder gründen für Teilbereiche, wie den Fuhrpark oder die EDV-Abteilung, eigene Gesellschaften. Da fühlen sich dann oft konkurrierende Gewerkschaften für die Beschäftigten zuständig.

Nur der DGB könnte die Konflikte aus der Welt schaffen. Nach der Satzung soll der Düsseldorfer Dachverband Streitigkeiten zwischen den Einzelgewerkschaften schlichten und bei Bedarf die Einflusbereiche seiner Mitglieder neu abstecken.

Doch bislang hielt sich DGB-Chef Ernst Breit auffallend zurück. Der